

IN-01 In NRW vereint: Gemeinschaft stärken, Faschismus bekämpfen, Demokratie leben

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 27.09.2023
Tagesordnungspunkt: 3. In NRW vereint: Gemeinschaft stärken, Faschismus bekämpfen, Demokratie leben

Antragstext

1 Unsere Demokratie ist die Basis für eine Gesellschaft, in der alle Menschen
2 gleich an Würde und Rechten leben können und in der Teilhabe und
3 Selbstbestimmung für alle möglich ist. Sie lebt davon, dass sich Menschen
4 einbringen und mitbestimmen. Sie kann auch anstrengend sein, wenn
5 unterschiedliche Positionen aufeinandertreffen und diskutiert werden müssen.
6 Doch der demokratische Wettstreit um die besten Ideen ist Kern einer lebendigen
7 Demokratie und macht diese erfolgreich. Die Grenzen sind dort erreicht, wo kein
8 Wettbewerb mehr stattfindet, sondern Menschen diskriminiert, herabgesetzt und
9 durch Hass und Hetze aus der öffentlichen Debatte ausgegrenzt werden sollen.
10 Dagegen muss unsere Demokratie wehrhaft sein und ist es auch. Dass eine
11 deutliche Mehrheit der Menschen in Deutschland die Demokratie für die richtige
12 Staatsform hält, zeigt, wie verankert sie ist. Die Basis unserer Demokratie
13 bilden die im Grundgesetz verankerten Grund- und Menschenrechte. Gemeinsam mit
14 anderen Demokrat*innen werden wir die Demokratie gegen ihre Feind*innen
15 verteidigen. Gleichzeitig arbeiten wir auch daran, die Demokratie zu stärken,
16 weiterzuentwickeln und so mehr Teilhabe zu ermöglichen.

17 Eine Gemeinschaft, die gerade in ihrer Unterschiedlichkeit zusammenhält und ihre
18 Minderheiten schützt, ist das Lebenselixier von Demokratien. Zusammenhalt in der
19 Gesellschaft macht Wandel und Fortschritt möglich, schützt Bewahrenswertes und
20 stärkt unsere Belastbarkeit und Resilienz in Zeiten multipler Krisen. Es ist
21 daher unsere politische Aufgabe, einer Gefährdung des gemeinschaftlichen Wir und
22 unseres Zusammenhalts entschieden entgegenzutreten. Denn vom Faschismus und den
23 Feind*innen der Demokratie werden wir alle als gesamte demokratische
24 Gesellschaft bedroht.

25 Ein zentraler Faktor zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist das
26 Vertrauen: Das Vertrauen in den Staat und seine Wirksamkeit, in unser
27 demokratisches politisches System, aber auch in das Vertrauen zueinander – von
28 Mensch zu Mensch. Klare Verfahren, Transparenz und eine offene Vermittlung von

29 Entscheidungen und Kompromissen stärken das Vertrauen und sind ein Auftrag an
30 alle handelnde politischen Akteur*innen. Wir stehen für eine Politik, die den
31 Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns setzt.

32 **Ein Staat, der funktioniert, Herausforderungen löst und Sicherheit gibt**

33 Das Vertrauen der Menschen in ihren Staat ist dann besonders hoch, wenn sie das
34 Gefühl haben, dass sich die Regierung und ihre Verantwortungsträger*innen um
35 aktuelle Herausforderungen zuverlässig kümmern, vorausschauend handeln und
36 Maßnahmen treffen, um auf Unvorhergesehenes zu reagieren. Entsprechend haben
37 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU ihre ambitionierten Ziele transparent und
38 nachprüfbar in einer Koalitionsvereinbarung niedergelegt. Zugleich wurde rasch
39 und umfassend auf kurzfristige und nicht vorhersehbare Entwicklungen im
40 Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine mit Maßnahmen reagiert, um
41 die soziale Infrastruktur und die Kommunen zu unterstützen, Arbeitsplätze zu
42 sichern, Betriebe zu stützen und eine stabile Energieversorgung zu
43 gewährleisten.

44 Wir GRÜNE NRW sehen es als unsere Aufgabe an, die Menschen nicht nur
45 "mitzunehmen", sondern die Antworten gemeinsam zu gestalten. Jede*r von uns
46 möchte Veränderungen verstehen, mitgestalten, Teil dessen sein, und Teil einer
47 Gemeinschaft, die die Zukunft gestaltet.

48 Für viele Menschen hat das Versprechen von gesellschaftlichem Wohlstand und
49 Sicherheit jedoch durch die wirtschaftliche Entwicklung und Inflation, die
50 Auswirkungen der Klimakrise, den Krieg in Europa, und den daraus resultierenden
51 Fluchtbewegungen auf der Welt tiefe Risse bekommen. Damit gehen zu oft
52 Verlustängste und schwindendes Vertrauen in den Staat und unser politisches
53 System einher. Zweifelt die Bevölkerung die Funktionsfähigkeit des Staates an,
54 erodiert das Fundament unserer Demokratie. Bereits zu Beginn dieser
55 Legislaturperiode haben wir als schwarz-grüne Koalition Maßnahmen getroffen, um
56 einen funktionierenden Staat zu stärken, insbesondere in den Bereichen, in denen
57 die Menschen unmittelbar die Leistungsfähigkeit des Staates erfahren und
58 erwarten: An den Schulen haben wir die Anzahl der Lehrkräftestellen um mehr als
59 3.000 erhöht und die Verdienstlücke zwischen Lehrkräften an den Grundschulen und
60 Gymnasien geschlossen. 3.000 Polizeianwärter*innen starten 2023 die
61 Polizeiausbildung. NRW führt ein vergünstigtes Sozialticket als Variante des
62 Deutschlandtickets ein, um von Armut betroffenen Menschen mehr Teilhabe durch
63 Mobilität zu ermöglichen.

64 Kontakte mit staatlichen Behörden und der Verwaltung im Alltag der Bürger*innen
65 wollen wir einfacher und verständlicher machen. Dazu gehört eine Verwaltung, die
66 mehrere Sprachen anbietet, aber auch eine digitale Strukturreform für die
67 Landesbehörden und die kommunalen Verwaltungen. Solo-Selbstständige und kleine
68 Unternehmen wollen wir von übermäßigen Bürokratieranforderungen und

69 Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw.
70 anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung
71 (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

72 Wir GRÜNE NRW stellen uns der Verantwortung, auch in herausfordernden Zeiten
73 Entscheidungen zu treffen, Sicherheit zu schaffen und eine sozial-ökologische
74 Transformation voranzubringen. Dafür brauchen wir alle Talente, einen Willen zum
75 Gemeinwohl und Optimismus. Gerade durch Transformation schaffen wir einen
76 nachhaltigen Wohlstand und Sicherheit.

77 Um diese Zukunftsaufgaben anzugehen und ein friedliches, respektvolles und
78 vielfältiges Leben zu führen, benötigen wir eine starke Demokratie. Und diese
79 ist nur so stark, wie die Gesellschaft, die sie bildet. Dafür braucht es einen
80 Aufbruch aller Demokrat*innen und ein gemeinsames Einstehen für unsere
81 demokratischen Grundwerte und den Schutz derer, die sie verteidigen. **Es braucht**
82 **ein „Wir“-Update.**

83 **Das Gemeinsame im Nahen kennen lernen**

84 Zusammenhalt in der Gesellschaft entsteht, wenn man gemeinsame Erfahrungen
85 macht. Soziale Interaktionen und soziale Begegnungen schaffen und stärken das
86 Gemeinschaftsgefühl. Denn im ständigen Kontakt und Dialog fallen
87 Berührungsängste, Vorurteile können reflektiert werden und wir entwickeln ein
88 besseres Verständnis für unterschiedliche Werthaltungen, Lebensentwürfe,
89 Familienkonstellationen und kulturelle Hintergründe. Wir lernen voneinander –
90 Gemeinsamkeiten verbinden, Unterschiede schwinden.

91 Wenn Nachbar*innen sich kennenlernen, einander unterstützen und in Notlagen
92 helfen, entsteht Gemeinschaft und Zugehörigkeit. Insbesondere in schwierigen
93 Zeiten hat die gemeinsame Kraftanstrengung von Menschen innerhalb der
94 Stadtteile, Ortschaften und Quartiere herausragendes vollbracht. So wurden
95 innerhalb kürzester Zeit Unterkünfte und Hilfsgüter für Geflüchtete aus der
96 Ukraine und anderen Krisenregionen organisiert. Eine zentrale Lehre:
97 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft.

- 98 • Gemeinwohl bedeutet nicht nur Familie und Freund*innen, er beginnt oft
99 genau an unserer Türschwelle und in unserer Nachbarschaft. Dort begegnen
100 sich Fremde auf engem Raum. Damit sich die Nachbarschaft gerade in den
101 Städten begegnen kann, braucht es öffentliche Plätze. Wir setzen uns daher
102 für eine andere Art von Stadtentwicklung ein. Statt auf Parkplätze setzen
103 wir auf **Orte der Begegnung**, auf mehr Raum für Straßenfeste und ihre
104 unbürokratische Beantragung. Viele europäische Großstädte machen das
105 Modell der sozial ausgewogenen Wohn- und Stadtplanung bereits vor. Dafür
106 möchten auch wir uns stärker einsetzen. Darüber hinaus wollen wir mehr
107 Orte der Begegnung auf öffentlichen Plätzen, in Kunst- und

108 Kultureinrichtungen und Bibliotheken und Gemeinschaftszentren schaffen und
109 sie stärken.

110 • Wir wollen die Schweizer Idee der Allmende nach NRW bringen. Diese Wiesen
111 im Allgemeinbesitz können gemeinschaftlich genutzt und geprägt werden. In
112 ländlichen Räumen braucht es für Begegnungen vor allem Gelegenheiten und
113 gemeinsame Aktivitäten und Feste – hier leisten die unterschiedlichen
114 Vereine und zivilgesellschaftlichen Akteure einen zentralen Beitrag. Orte
115 der Begegnung und **Akteure der Begegnung**: Sie stehen im Zentrum unserer
116 Nachbarschaftspolitik.

117 • NRWs Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Die vielen engagierten
118 Menschen tragen zum gemeinschaftlichen Füreinander und Miteinander bei.
119 Sei es der Sportverein von nebenan, der Jung und Alt zusammenbringt oder
120 der interkulturelle Verein, der sich für mehr Verständigung einsetzt. Sie
121 alle schaffen Möglichkeiten der Begegnung.

122 **Klare Haltung gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

123 Krisen werden von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteur*innen
124 als Nährboden für Hass und Hetze genutzt. Soziale Netzwerke, die negative
125 Botschaften wie Hass, Hetze und Desinformation deutlich stärker verbreiten als
126 Fakten oder positive Botschaften, bieten ihnen einen enormen Vorteil gegenüber
127 demokratischen Parteien. Mit der Corona-Pandemie, dem Angriffskrieg gegen die
128 Ukraine und den Auswirkungen auf die Energiekosten und Verbraucherpreise auch
129 hier in Deutschland sowie mit ihrer Leugnung der Folgen der Klimakrise, finden
130 rechtsextremistische Parteien gezielt Anlässe, um antidemokratische Positionen
131 zu propagieren, den demokratischen Rechtsstaat und seine Institutionen zu
132 delegitimieren, Menschen zu verunsichern und Rassismus, Antisemitismus, Frauen-
133 und Queerfeindlichkeit und andere menschenverachtende Einstellungen zu schüren.

134 Von der Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung aufgrund der multiplen Krisen,
135 profitieren aktuell rechtsextreme Akteur*innen, jedoch ist dies nicht die
136 einzige Ursache. Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen sind
137 strukturell verankert und finden sich in der Mitte der Gesellschaft. Dass diese
138 Positionen auch in der demokratischen Mitte unseres Parteiensystems lauter
139 werden, alarmiert uns und darf von demokratischen Akteur*innen nicht
140 unbeantwortet bleiben. Seit Jahren erleben wir eine Zunahme von Hate Speech und
141 die Verbreitung von Verschwörungsmythen, die oftmals antisemitisch und
142 rassistisch geprägt sind. Extrem rechte Positionen und Erzählungen sind deshalb
143 eine konkrete Gefahr für gesellschaftliche Minderheiten und für unsere gesamte
144 demokratische Gesellschaft, denn die Geschichte lehrt uns: aus Worten werden

145 Taten.

146 Rechtsextremismus kann nicht wirksam bekämpft werden, ohne Rassismus zu
147 bekämpfen. Denn der Kern von Rechtsextremismus ist Rassismus, oft gepaart mit
148 struktureller Frauenverachtung. Antifeminismus und Rechtsextremismus gehen Hand
149 in Hand. Geprägt von hegemonialen Männlichkeitsbildern stellen starke,
150 emanzipierte Frauen ein weit verbreitetes Feindbild der rechten Szene dar. Viele
151 Menschen erleben in unserer Gesellschaft täglich Diskriminierung – auf dem
152 Schulhof, auf öffentlichen Plätzen, bei der Wohnungssuche. Auch wenn Rassismus
153 nicht alle Menschen unserer Gesellschaft trifft, so geht er uns alle etwas an.
154 Denn eine demokratische Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit
155 ihren Minderheiten umgeht und wie nahrhaft der Boden ist, auf dem Hass und Hetze
156 gesät werden. Als GRÜNE NRW kämpfen wir entschieden gegen Rassismus und
157 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dazu gehören für uns der Schutz vor
158 Diskriminierung, die Schaffung eines rassismuskritischen Bewusstseins in der
159 Gesellschaft und im Staat sowie die Abbildung von vielfältigen Perspektiven und
160 Lebenswirklichkeiten in unserer Partei und unseren Parlamenten.

161 Die aktuell hohen Umfragewerte einer eindeutig rechtsextremistischen Partei sind
162 ebenso erschreckend, wie die Anzahl ihrer Mandatsträger*innen in Bund, Land und
163 Kommunen. Neben einer menschenverachtenden, demokratie- und europafeindlichen
164 Politik, wird der Klimaschutz, ein Thema, das im Interesse unser aller, unserer
165 Kinder und weiterer Generationen ist, abgewertet und instrumentalisiert, um
166 Emotionen und Ängste zu schüren. Auch ist die Politik von Rechtsextremen nicht
167 sozial – ihre Steuerpolitik sorgt für eine Umverteilung von unten nach oben.

168 • Seit unserer Gründung setzen wir Grüne uns für eine demokratische,
169 vielfältige und offene Gesellschaft ein. Demokratie, Freiheit,
170 Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte waren von Beginn an die
171 Richtschnur unserer Politik. Unsere Aufgabe ist es, im engen
172 Schulterschluss mit den anderen demokratischen Parteien, den Medien und
173 der Zivilgesellschaft, keine Normalisierung rechter und antidemokratischer
174 Sprache, Narrative, Feindbilder und Politikstile zuzulassen. **Das schaffen**
175 **wir, indem wir uns hiervon deutlich und in jeglicher Hinsicht abgrenzen**
176 **und das auch von unseren demokratischen Mitbewerber*innen einfordern.**

177 • Menschen vor Rassismus und anderer menschenverachtender Diskriminierung
178 und Gewalt zu schützen und sie zu unterstützen, ist die Aufgabe der
179 gesamten Gesellschaft. Mit der **Finanzierung von Beratungsstrukturen gegen**
180 **Rechtsextremismus und Rassismus**, also der Mobilen Beratung gegen
181 Rechtsextremismus, der Opferberatung und der Aussteigerberatung, reagiert
182 die schwarz-grüne Koalition auf den höheren Beratungsbedarf. Mit dem
183 **Landesantidiskriminierungsgesetz** und der **Landesantidiskriminierungsstelle**
184 wird das grün geführte Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
185

- 186 Gleichstellung, Flucht und Integration Betroffene unterstützen, sich gegen
187 Diskriminierungen zu wehren.
- 187 • Die schwarz-grüne Landesregierung wird die Handlungskonzepte gegen
188 Rechtsextremismus und Rassismus im Austausch mit der Zivilgesellschaft und
189 insbesondere unter Einbindung der **Perspektive der von Rassismus**
190 **betroffenen Menschen** weiterentwickeln.

 - 191 • Wir begrüßen, dass Spezialist*innen von Staatsanwaltschaften und Polizei
192 verstärkt gegen Hass, Hetze und Gewalt sowohl im Internet, wie in der
193 analogen Welt vorgehen. Es darf keine rechtsfreien Räume für
194 Rechtsextremismus und Rassismus geben. Unser demokratischer Rechtsstaat
195 muss sich als wehrhaft erweisen. Daher unterstützen wir die
196 Bundesratsinitiative von NRW-Justiz- und NRW-Innenministerium, mit der der
197 Austausch rassistischer, antisemitischer oder fremdenfeindlicher Inhalte
198 im öffentlichen Dienst auch in geschlossenen Chatgruppen unter Strafe
199 gestellt wird.

 - 200 • Antidemokratische, rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien
201 verfolgen die Strategie von gezielter Provokation und Rückzug mit dem
202 Ziel, die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben und
203 Gewöhnungseffekte zu schaffen. Wir GRÜNE NRW sehen es als unsere Pflicht,
204 dem entgegenzutreten. Rechtsextremistische und rechtspopulistische
205 Parteien sind kein akzeptabler Teil des politischen Spektrums.
206 Antidemokratische, menschenrechtsfeindliche, rechtsextremistische und
207 rechtspopulistische Positionen, Hass und Hetze, Rassismus,
208 Diskriminierung, Queer- und Frauenfeindlichkeit, die Verschiebung des
209 Sagbaren, Diffamierung, Verschwörungsmymen und Lügen dürfen nicht
210 unwidersprochen bleiben. **Für uns GRÜNE NRW war, ist und bleibt daher klar:**
211 **Keine Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen und rechtspopulistischen**
212 **Parteien und Gruppierungen.** Selbst kleinste Kooperationen und
213 Zugeständnisse führen zur Normalisierung. Für uns gilt auf allen
214 politischen Ebenen unerschütterlich: Kein Fußbreit den Faschisten!

 - 215 • Auf dem Feld der Flüchtlings- und Integrationspolitik erleben wir, wie in
216 kürzester Zeit menschenrechtsfeindliche Positionen und rassistische
217 Erzählungen unkritisch übernommen wurden. Sie verkleinern den Raum für
218 eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, reaktivieren Positionen
219 in der Integrationspolitik aus den dunklen 90er-Jahren und machen
220 letztlich zu schützende Gruppen unserer Demokratie zur Zielscheibe. Wir
221 GRÜNE NRW bleiben der Fels in der Brandung für eine Flüchtlingspolitik,
222

223 die sich an Fakten und wirksamen Maßnahmen orientiert. Wir stehen zu
224 unserer demokratischen Einwanderungsgesellschaft und zum individuellen
Asylrecht.

225 **Demokratie in einer offenen Gesellschaft leben**

226 Demokratie ist nie fertig, sondern immer in Bewegung. Sie muss offen bleiben für
227 Impulse aus- und Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Und sie wird von
228 einer vielfältigen, toleranten und friedlichen Zivilgesellschaft getragen.

229 Für ein offenes, vielfältiges und demokratisches Nordrhein-Westfalen engagieren
230 sich täglich Millionen Menschen in unserem Land. Sie heißen Geflüchtete
231 willkommen, demonstrieren für die Rechte von queeren Menschen, kämpfen für
232 globale Gerechtigkeit, gestalten die europäische Einigung und sorgen so dafür,
233 das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: **Wir sind verschieden und dabei
234 gleich an Rechten und Würde.** Wir kämpfen gemeinsam mit dieser engagierten
235 Zivilgesellschaft für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für
236 alle gibt und in der Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung,
237 Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine
238 Selbstverständlichkeit sind.

239 Unser Verständnis für mehr Demokratie und Einsatz gegen Rassismus ist
240 transnational und stellt sich schützend vor Minderheiten und demokratische
241 Stimmen. Zu oft werden ethnische und religiöse Minderheiten sowie demokratische
242 Stimmen auch zur Zielscheibe organisierter Kampagnen. In diesem Zusammenhang
243 nehmen wir so die stetigen Hinweise des nordrhein-westfälischen
244 Verfassungsschutzes ernst, die auf die politische und gesellschaftliche
245 Einflussnahme durch herkunftsstaatlich-orientierte und demokratiefeindliche
246 Diasporavereine sowie Netzwerke aufmerksam machen.

247 Unsere Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet, weiterentwickelt und
248 verteidigt werden. Dafür stärken wir unseren Einsatz für unser demokratisches
249 System gemeinsam mit den Menschen in unserer Gesellschaft.

250 • Damit mehr Menschen ihr Recht auf die Wahl ihrer Vertreter*innen
251 wahrnehmen können, werden wir das **Wahlalter bei den Landtagswahlen in NRW
252 auf 16 Jahre** absenken. Dies ist auch für Schulen ein besonderer Anlass,
253 junge Menschen darin zu befähigen, die Bedeutung ihres eigenen Handelns zu
254 verstehen und Entscheidungen für eine nachhaltige und demokratische
255 Gesellschaft zu treffen.

256 • **Es geht darum, Demokratie nicht nur in der Schule zu lehren, sondern sie**
257

258 **zu leben.** Die Rechte von Schüler*innen bezüglich der Gestaltung,
259 Hausordnung und des Ablaufs ihrer Schule zu partizipieren, wollen wir
260 ausweiten. Wir wollen rechtlich prüfen, welche Gestaltungsräume
261 Schüler*innen verbindlich gewährt werden können, damit diese demokratisch
262 von ihnen gemeinsam verhandelt werden können. Zu diesem Zweck sollen auf
263 Landesebene Demokratielotsen eingesetzt werden, die Schulen bei der
Umsetzung von Schüler*innenpartizipation beraten und begleiten können.

264 • **Gute externe Bildungsangebote** sollen durch die Qualitätssicherung auf
265 Landesebene besser mit den Schulen vernetzt werden, damit diese nicht von
266 der Breite des Angebots überfordert werden und damit sie geeignete
267 Projekte für ihren Bedarf finden können. Auch wollen wir insbesondere die
268 Schulleitungen für partizipative Schulkultur sensibilisieren, sie
269 entsprechend fortbilden und die Eigenverantwortung der Schulen im Sinne
270 eines partizipativen Schullebens erhöhen. Wir wollen zudem die
271 Eigenverantwortung der Schulen im Sinne eines partizipativen Schullebens
272 erhöhen.

273 • **Wissenschaft und Forschung** von heute sind frei und das ist ihre Stärke.
274 Sie basieren auf Fakten und nachvollziehbaren Belegen und erstellen damit
275 eine elementare, wichtige Diskussionsgrundlage für demokratische
276 Aushandlungsprozesse. Aber auch die Wissenschaft war und ist nicht
277 gänzlich immun gegen rechtes Gedankengut und Desinformation, wie
278 insbesondere in Zeiten des Nationalsozialismus, des Kolonialismus oder bei
279 Gründung einer sich als Alternative bezeichnenden Partei. Deshalb muss
280 Wissenschaft die eigene Geschichte kritisch hinterfragen und in der
281 Gegenwart auch in ihren Reihen für die Werte unserer Demokratie eintreten.
282 Eine Wissenschaft, die das alles leistet, stößt auf den Widerstand der
283 Feinde der Demokratie. Jede Anfeindungen und jeder Angriffe auf
284 Wissenschaftler*innen verurteilen wir und gehen konsequent dagegen vor.

285 • Die **Landeszentrale für politische Bildung** leistet einen wichtigen Beitrag,
286 um die demokratische Kultur im Land zu stärken und die Teilhabe an
287 politischen Prozessen zu steigern. Wir sehen aber auch: Die politische
288 Bildung erreicht noch nicht genug Menschen und ist damit in ihrer Wirkung
289 noch nicht ausreichend. Deshalb müssen wir unseren Fokus auf eine
290 aufsuchende politische Bildung legen und die passenden Rahmenbedingungen
291 dafür setzen. Aus diesem Grund unterstützen wir das Vorhaben der schwarz-
292 grünen Landesregierung, die Institution inhaltlich und strukturell zu
293 stärken.

- 294 • Anti-Demokrat*innen und ihre Rechtsaußen-Unterstützer*innen missbrauchen
295 Politik-Skandale für verallgemeinernde Hetze und als Aufhänger für
296 Verschwörungserzählungen. Wir verteidigen das demokratische Ringen um
297 Kompromisse unter Beteiligung möglichst vieler betroffener Gruppen. Wir
298 machen Beteiligungsprozesse bei der Gesetzgebung transparent, indem wir
299 für NRW ein **Lobbyregister** einführen. Es wird durch einen sogenannten
300 **legislativen Fußabdruck** ergänzt. Damit wird der Gesetzgebungsprozess
301 deutlich transparenter. Es wird in Zukunft offengelegt, welche
302 Lobbyist*innen Einfluss auf die Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben
303 und welche Treffen zwischen Politik, Verwaltung und
304 Interessenvertreter*innen stattgefunden haben.
- 305 • Debatten müssen öffentlich auf Basis von Fakten geführt werden können. Wir
306 kämpfen dafür, die **Medienkompetenz aller Bürger*innen zu stärken** und
307 wollen damit gezielten Desinformationskampagnen entschlossen
308 entgegentreten. Wir fördern die Medienvielfalt und stärken die Bedeutung
309 des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Garant für eine ausgewogene und
310 neutral recherchierte Berichterstattung.
- 311 • Wir möchten die Sensibilität und Aufklärung zu gezielten
312 Desinformationskampagnen aus dem Ausland stärken, gerade aus Russland,
313 China und der Türkei. Unsere Mitbürger*innen, die zur Zielscheibe dieser
314 Kampagnen werden, müssen wir besser schützen. Dazu zählt auch, dass wir
315 bei Demokrat*innen für eine klare Haltung gegen solche Verbände und
316 Vereine werben müssen, die von autoritären Staaten aus dem Ausland
317 gesteuert werden. Wir unterstützen das Verbot von Sendern aus Russland,
318 die Propaganda eines Staates verbreiten, der einen völkerrechtswidrigen
319 Angriffskrieg führt.
- 320 • Wir fordern in den Verhandlungen für ein EU-Gesetz für Medienfreiheit,
321 dass Transparenz über den Besitz an Medien möglichst bürgernah
322 gewährleistet wird. Die Besitzer von Medien, die Desinformation
323 verbreiten, müssen öffentlich verantwortlich gemacht werden können. Wir
324 fordern die EU-Kommission auf, die Einhaltung der Regeln des EU-Gesetz für
325 digitale Dienstleistungen zu nutzen, um von großen digitalen Plattformen
326 die Löschung illegaler Hetze so schnell wie möglich einzufordern und als
327 Konsequenz für eine Nichtbefolgung das volle Maß an Sanktionen
328 auszuschöpfen.
- 329 • Wir begrüßen das **europäische Digitale-Dienste-Gesetz**, mit dem zum ersten
330 Mal weltweit Algorithmen sozialer Plattformen auf den Prüfstand gestellt

331 werden. Die Verbreitung von Desinformation und Hass dürfen kein
332 wirtschaftliches Geschäftsmodell sein. Gerade Frauen werden
333 überdurchschnittlich Opfer von Hass-Kommentaren im Netz mit immer noch
334 steigender Tendenz. Wir fordern die Bundesnetzagentur und die
335 Bundesregierung auf, sich bei der EU-Kommission für eine starke
336 Durchsetzung zum Schutz der Demokratie einzusetzen.

- 337 • Demokratie lebt vom Mitmachen, denn Beteiligung hilft uns dabei, Lösungen
338 zu finden, die von allen getragen werden. Politische Entscheidungsprozesse
339 können nur verbessert werden, wenn die unterschiedlichen Perspektiven und
340 Alltagserfahrungen einer Bevölkerung einfließen können. Damit dies
341 geschehen kann, bringen wir auf Landesebene den Prozess zur **Einsetzung**
342 **zweier Bürgerräte** voran, der zu ausgewählten Themen, die Gesellschaft
343 repräsentativ abbildend, stattfinden soll.
- 344 • Demokratie braucht eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich für die
345 Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzt. Wir begrüßen daher den
346 Gesetzentwurf der Ampelregierung zum **Demokratiefördergesetz**, mit dem die
347 Erwartung einer auskömmlichen Finanzierung der Maßnahmen im Bereich der
348 Demokratieförderung, der Gestaltung einer vielfältigen Gesellschaft, der
349 Rechtsextremismusprävention sowie der politischen Bildung verbunden ist.
- 350 • Wir Grüne scheuen keine Auseinandersetzung, wir sind jederzeit bereit für
351 die politische Auseinandersetzung um das beste Argument. Als
352 Demokrat*innen sind wir bereit zuzuhören und Widerspruch hinzunehmen. Aber
353 die Toleranz in der Demokratie muss Grenzen haben. Sie darf nicht die
354 tolerieren, die sie abschaffen wollen. Wenn ausländische und insbesondere
355 autoritäre Staaten oder ihnen nahestehende Vereine versuchen, unsere
356 demokratische Grundordnung zu delegitimieren, sei es durch soziale Medien
357 oder in Präsenz, werden wir das nicht unbeantwortet lassen. Gerade dann
358 braucht es ein **Unterhaken der Demokrat*innen**. Ein Best-Practice Beispiel
359 ist der interfraktionelle Bundestagsbeschluss "Nationalismus und Rassismus
360 die Stirn bieten - Einfluss der Ülkücü-Bewegung zurückdrängen" aus dem
361 Jahr 2020.

Begründung

erfolgt mündlich.